

Eingabe der Ständigen Kommission Umweltschutz der Stadtverordnetenversammlung Dresden an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft betr. Verdacht der Verursachung einer Umweltschädigung

Die Deutsche Demokratische Republik hatte in ihrer Verfassung von 1968 den Umweltschutz fest verankert. Mit der Gründung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft im Juni 1972 schuf sie eine Institution, welche die Maßnahmen des Umweltschutzes in die Tat umsetzen sollte. In der Realität fand im Gebiet der DDR eine massive Umweltverschmutzung durch staatliche Betriebe statt. Die Kommission Umweltschutz der Stadt Dresden prangerte mit einer Eingabe die Schadstoffbelastung durch das Chemiewerk Agrotext an.

Die Aufgabe die Natur und Umwelt zu schützen, lag nach der Verfassung der DDR in der Hand staatlicher Institutionen. Umweltschäden können dementsprechend nicht isoliert von der staatlichen Führung betrachtet werden. Wenn Probleme und Versäumnisse im Schutz der Umwelt überhaupt thematisiert wurden, dann wurden diese meist auf die geerbten Strukturen des zuvor herrschenden kapitalistischen Systems zurückgeführt.

Von offiziellen Stellen wurden Umweltschäden geleugnet, auch wenn es offenkundige Umweltschäden und -belastungen gab. Sowohl das Ministerium für Staatsicherheit (MfS), als auch das vom MfS regelmäßig ins Bild gesetzte Zentralkomitee der SED bzw. die regionalen Parteileitungen waren sich der entstandenen und entstehenden Schäden bewusst. Das MfS sorgte auch dafür, dass die durch staatseigene Unternehmen entstandene Verschmutzung der Umwelt nicht an die Öffentlichkeit geriet. Gleichzeitig überwachte die Stasi Umweltschutzgruppen wie Greenpeace, aber auch Umwelt- und Friedensgruppen, die unter dem Dach der Kirche agierten.

Mit einer Eingabe an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft prangerte die Kommission Umweltschutz der Stadt Dresden die Schadstoffbelastung durch das Chemiewerk Agrotext an. Vorausgegangen waren Beschwerden von Kleingärtnern. Sie beobachteten, dass ihr angebautes Gemüse durch Emissionen des Werkes, die bei der Produktion des Insektizid „Wofatox“ entstanden, geschädigt wurde. Hinzu kam eine Kontamination des Bodens. Die Bürger forderten eine sofortige Schließung des maroden Werkes.

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, Abt. XVIII, Nr. 12392, BL 38

Metadaten

Datum: 31.1.1989

Überlieferungsform: Dokument

Eingabe der Ständigen Kommission Umweltschutz der Stadtverordnetenversammlung Dresden an das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft betr. Verdacht der Verursachung einer Umweltschädigung

Signatur: BArch, MfS, BV Dresden, Abt. XVIII, Nr. 12392, BL 38